

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentwöchentlich frei Haus Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postabstempelgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die
Werbe-Spaltseite 1.40 M., im Tellermittel 3.50 M., Familienanzeigen 1.30 M. — Für unentbehrlich gehaltene, sowie durch
Bernsprecher aufgegebene Anzeigen kann die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Weiter wursteln?

Die Frage, ob die Regierungserklärung im Landtag und die sich daran anschließende Befreiung der politischen Lage, d. h. des Kommunistenaufstandes und seiner Folgen, sowie die zweite Beratung des Amnestiegesetzes, Klarheit in die politische Lage Sachsen's bringen werden, ist noch ganz zweifelhaft. Immerhin wird von der Sitzung des Landtages, die am heutigen Nachmittag stattfindet, viel abhängen. Bis zum gegenwärtigen Augenblick hat man allerdings den Eindruck, als ob bei den gegenwärtigen Regierungsparteien, soweit sie in der Regierung selbst vertreten sind, große Einigkeit bestehen würde, weiter zu wursteln. Dass das auf die Dauer ebenfalls kein haltbarer Zustand sein würde, braucht nicht besonders betont zu werden. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, als ob einige Politiker nach dem Sahe handeln wollten: Bei gewonnen, ist alles gewonnen. Diese Bewegung erscheint dadurch einzigen Impuls erhalten zu haben, dass die Kommunisten am Mittwoch vormittag zum großen Erstaunen der übrigen sozialistischen Parteien bei den Ausschusssitzungen erschienen sind und auch am Nachmittag an der Sitzung des Plenums sich beteiligten. Damit hatten offenbar die Sozialisten, soweit sie von einer Änderung des Regierungstextes nichts wissen wollen, nach dem Auszug der Kommunisten der Dienstapotheke nicht gerechnet. Man scheint sich in diesen Kreisen daher am Mittwoch der Hoffnung hingegeben zu haben, dass die Drohungen der Kommunisten, ihre schwüle Hand von der Regierung zurückzuziehen, nicht allzu tragisch genommen zu werden brauchen. Nun heißt es ja allerdings, die Kommunisten wollen doch die Regierung zum Rücktritt zwingen, wenn sie den bei den Kommunisten in Aussicht gestellten Anträgen ihre Zustimmung versagen würden. Es wird nun wohl fast alles in dieser Hinsicht von der Regierungserklärung abhängen, die heute nachmittag im Landtag abgegeben wird. Die vorliegenden Presseaufrüttungen lassen aber doch schon — wenn auch nicht verbindlich — einige Schlüsse für die Entwicklung in den nächsten Tagen ziehen.

Da muss vor allem darauf hingewiesen werden, dass die Gegenseite in der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion eine ganz außerordentliche Verschränkung gefunden haben, und dass zur Stunde, in der diese Seiten geschrieben werden, noch ein gewaltiges Ringen zwischen den beiden Richtungen vor sich geht. Der Führer der sogenannten radikalen Chemnitzer Richtung, Herr Abg. Zellisch, hat zu diesem Zweck noch einmal schwerstes Geschütz in seiner „Chemnitzer Volksstimme“ (Nr. 18 vom 6. April) aufzuschlagen lassen. Die „Chemnitzer Volksstimme“ ist der Ansicht, dass die Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen sich bisher verzögert bewährt hat. Von welchen Gesichtspunkten die Richtung Zellisch ausgeht, zeigt sich in folgenden Auslassungen der „Chemnitzer Volksstimme“. Sie spricht von der Zukunft der Herrschaft der sozialistischen Wirtschaft und schreibt:

„Für diese Zeit gilt es zu rüsten und unsere Organisation schlagkräftig zu gestalten. Wer aber den fortschreitenden Gesundungsprozeß des Proletariats aufhält, wer unsere sozialen ausschwunghemmende Partei in Süddeutschland schlagen und Unabhängigen nebst Kommunisten die Hosen in die Flüche treiben will, der misshandelt den Willen der Parteigenossen im Lande, der sieht sich über den erbitterten Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen eine Verbindung mit der Volkspartei fast hinweg und besorge so die Geschäfte der Reaktion. Ob die Parteigenossen draußen aber eine solche sinnlose Katastrophenpolitik sich bieten lassen werden, diese Frage ist längst keine Frage mehr.“

Man sieht daraus deutlich, dass diese Politik tatsächlich nur von parteipolitischen Gesichtspunkten aus gemacht wird. Die „Chemnitzer Volksstimme“ polemisiert in schärfster Weise gegen ihre eigenen Parteigenossen in Dresden und Leipzig und droht bereits mit dem nächsten sächsischen Landesparteitag. Außerdem liefern sich das Blatt und seine Schäfer in einer Versammlung am letzten Sonntag durch die sozialistischen Chemnitzer Parteifunktionäre ein Vertrauensvotum ausstellen. Dabei scheint es allerdings doch nicht so glatt gegangen zu sein. Denn selbst die „Chemnitzer Volksstimme“ muss berichten, dass der Abgeordnete Cason gegen die Politik seines Genossen Zellisch polemisierte. Bei dieser Gelegenheit hielt Herr Zellisch natürlich eine Rede, in der er nach dem Blatte erklärte: „Die proletarische Sammelpartei der Klassenkämpfer muss bei der Mehrheitspartei bleiben; denn uns trennt nichts von den im kommunistischen Lager doch noch in großer Zahl vorhandenen ehemaligen Arbeitern, die genau wie wir uns Verbündeten nichts zu tun haben wollen.“ Demgegenüber ist es von Interesse, die Stimmung der Sozialdemokraten in dem von dem Kommunisten aufständ betroffenen Gebieten zu erfahren. Am

letzten Sonntag fand in Helbra eine große Versammlung der Sozialisten statt, in der folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte, die, wie der „Vorwärts“ schreibt, „die Stimmtung des größten Teils der Bevölkerung in Mitteldeutschland in recht klarer Weise zum Ausdruck bringt“:

„Die heute in Helbra tagende Versammlung verurteilt auf das Schärfste die kommunistische Durchführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über das verbrecherische Gesetz, das durch Rauben, Plündern und Morben das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weist ferner jede Gemeinschaft mit den kommunistischen Parteien entschieden von sich, während Herr Abg. Zellisch am selben Sonntag erklärte, für ihn und seine Freunde kommt „aber nicht die kommunistische Partei als solche in Frage, sondern wir haben es mit den politisch irregeleiteten Arbeitern als Menschen zu tun“. Herr Zellisch gibt sich auch der Illusion hin, dass der Auflösungsprozeß der kommunistischen Partei nicht aufzuhalten sei. Und er scheint dieser seiner Illusion auch jetzt durch möglichst viel Konzessionen an die äußerste Linke Rechnung tragen zu wollen. Naturgemäß versucht die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie den Bestrebungen derter in der Mehrheitssozialdemokratie, die nicht auf dem Boden des Herrn Zellisch stehen, das Wasser abzugeben und sie in den Augen der sozialistischen Arbeiterschaft zu diskreditieren. Jedenfalls kann man dem Kampfe innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie mit großer Spannung entgegensehen und es wird für die zukünftige Entwicklung davon außerordentlich viel abhängen. Das Dresdener Organ der Mehrheitssozialdemokraten nahm auch noch am gestrigen Mittwoch eine der „Chemnitzer Volksstimme“ entgegengesetzte Haltung ein und schrieb über das Auftreten der Landtagskommunisten am Dienstag u. a. folgendes:

„Das ebenso heuchlerische wie freche Spektakelstückchen wäre belanglos, wenn es nicht verriet, wie sich die Kommunisten in Zukunft aufzuspielen gedenken. Das ist wieder deshalb nicht gleichgültig, weil sie als Stützen der feierlichen Regierungsmehrheit in Betracht kommen und deshalb ihr Verhalten zum Ausgangspunkt bedeutsamer Entscheidungen werden kann.“

An der Tatsache, dass die kommunistischen Abgeordneten, die auch das Dresdner mehrheitssozialdemokratische Organ als „Moskauer“ bezeichnet, als Regierungspartei nicht mehr in Frage kommen, kann wohl kaum gerüttelt werden. Am schwersten scheint es den Mehrheitssozialdemokraten zu werden, sich von den Unabhängigen zu trennen und daher scheint, wie schon oben angedeutet, bei einem Teil von ihnen die Einigkeit zu bestehen, schließlich auch ohne kommunistische Unterstützung mit den Unabhängigen weiter zu regieren. Wie bereits gestern an anderer Stelle unseres Blattes berichtet wurde, hat eine mehrheitssozialdemokratische Bezirkstagsversammlung in Dresden einstimmig erklärt, „dass es auf die Unabhängige Partei ankomme, ob sie die Koalition bis zu den Demokraten und Zentrum erweitern wolle“. Es braucht wohl kaum besondere Betonung zu werden, dass die Zentrumspartei eine Koalition von den Demokraten bis einschließlich den Unabhängigen nicht unterstützen würde. Wir glauben auch nicht, dass bei den Demokraten allzu viel dafür Einigkeit vorhanden ist. Zu einer ähnlichen Anerkennung in einem Artikel des Dresdner mehrheitssozialdemokratischen Organs nehmen jetzt auch die im Februarwetter der Demokratischen Partei schwimmenden „Dresdner Neuesten Nachrichten“ (Nr. 80 vom 7. April) Stellung. An dieser Anerkennung kann man nicht so ohne Weiteres vorüber gehen. Der mehrheitssozialdemokratische Politiker und frühere Finanzminister Ritsche hatte die Frage untersucht, wie und unter welchen Bedingungen die Demokraten wieder in die Regierung eintreten könnten, nachdem auf die Tatsache hingewiesen worden war, dass die Mehrheitssozialdemokraten unter allen Umständen gewillt seien, mit den Unabhängigen zusammen weiter zu arbeiten. Dazu schreiben nun die demokratischen Dresdner Neuesten Nachrichten“:

„Das heißt also, dass die Regierung bereit ist, den schweren Kampf, den ihr die Kommunisten in der kommenden Zeit ansetzen werden, auf sich zu nehmen, und dass sie glaubt, dem Ansturm mit Hilfe der Demokraten stand halten zu können. Ob diese Annahme richtig ist, erscheint nach Lage der Dinge einigermaßen zweifelhaft. Denn

der Abzug der neuen Kommunisten wird nicht weitgemacht durch den Zugang der alten Demokraten, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, dass durch eine Teilnahme der Demokraten an der Regierung die Oppositionslust der beiden großen bürgerlichen Parteien geringer werden würde.“

Diese Auslassung zeigt, dass im demokratischen Lager doch eine Strömung vorhanden ist, die nicht abgeneigt wäre, mit den Unabhängigen in eine Regierung einzutreten. Daraus ändert auch nichts, dass das genannte demokratische Blatt dagegen, in Wirklichkeit schätzt, dass die Dinge wesentlich anders zu liegen, und dann von einer Mitteilung aus parlamentarischen Kreisen Kenntnis gibt, wonach die bürgerlichen Parteien nicht mehr gewillt seien, die bisherige schwächliche Haltung der Regierung den Kommunisten gegenüber länger mit anzusehen. Wie glauben allerdings nicht, dass im demokratischen Lager die Richtung, die mit einem Zusammengehen mit den Unabhängigen liebäugelt, die Oberhand gewinnen wird. Ein führender Politiker der demokratischen Partei hat jedenfalls sich dahin geäußert, dass er für seine Person ein Zusammengehen mit den Unabhängigen ablehnen würde.

Die Situation hat sich aber nunmehr durch einen Zwischenfall in der Mittwoch-Sitzung des Landtages verschärft. Bei der bekannten Frage der Kinderzulagen, das heißt der Gleichstellung der sächsischen Beamten mit den Reichsbeamten, kam es zu einem Zusammentreffen zwischen dem mehrheitssozialdemokratischen Finanzminister Heldt und dem demokratischen Abgeordneten Dr. Dehne. Herr Heldt erklärte am Schluss seiner Ausführungen als Minister etwas folgendes: Wenn er als Parlamentarier sprechen würde, würde er erklären, dass die Demokratische Partei eine Partei sei, mit der man nicht mehr verhandeln brauche. Er hat damit der Demokratischen Partei am Vorabend der Regierungserklärung und inmitten der Regierungskrisis den Zehndandschub hingeworfen. Das würde natürlich nicht bedeuten, dass nicht doch irgend eine Koalition mit den Demokraten zustande kommen könnte, aber voraussichtlich doch keine Koalition, in der Herr Finanzminister Heldt sitzen würde. Man muss es letzten Endes selbstverständlich der Demokratischen Partei überlassen, ob und inwieweit sie gewillt ist, aus diesem scharfen Vorstoß die Konsequenzen zu ziehen.

Wir haben diesen Vorgang deshalb angeführt, um zu zeigen, wie außerordentlich gereizt die Stimmung im Landtag gestern war, was sich übrigens auch bei verschiedenen anderen Reden bemerkbar machte. Nun ist gewiss die Möglichkeit, dass auch ohne die Unterstützung der Kommunisten die gegenwärtige mehrheitssozialistisch-unabhängige Regierung auf einige Zeit fortwirkt — um noch einmal diesen teilalen Ausdruck zu gebrauchen — könnte, nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber es wäre das eben doch nur auf einige Zeit möglich. Wir würden dann eben eine schlechende Krise bekommen, der unseres Erachtens allerdings Neuwahlen vorzuziehen wären. Sowohl die außenpolitische wie auch die innenpolitische Situation verlangt auch in einem Lande wie Sachsen, dass wir klare Verhältnisse bekommen.

Sächsischer Landtag

Dresden, 6. April.

Präsident Freydrich eröffnet die Sitzung 11.15 Uhr. Die Abstimmung zu den Anträgen im Bericht des Haushaltsausschusses B über die Änderung der Not der Gewerbelöse wird auf Antrag der Rechten abgelehnt vorgenommen.

Die Anträge des Haushaltsausschusses B haben folgenden Wortlaut:

1. Der Landtag wolle beschließen: I. zu den Anträgen Drucksachen Nr. 10 und 18
 - A. die Staatsregierung zu verurteilen,
 1. bei der Staatsregierung mit allen Mitteln zu erzwingen, dass ganz Sachsen als ein einheitlicher Wahlkreis betrachtet anerkannt wird,
 2. bei der Staatsregierung die befreiländige Erledigung des vom Landtage am 21. Januar 1921 angenommenen Antrages wegen Übernahme einer einmaligen Beihilfe an Gewerbelöse zu erläutern,
 3. bei der Reichsregierung im Falle der Ablehnung zu 2 Genehmigung zu den Übernahmen der Arbeitslosen-Unterstützungs-Versicherungen Betriebs der Gewerbelöse einer einmaligen Beihilfe für Gewerbelöse zu erbiten. Die bereits von den Gemeinden ausgezahlten einmaligen Unterstützungen sind bei den Bürgern der einmaligen Beihilfe vom Staat anzurechnen,
 4. bei der Reichsregierung darin zu wirken, dass diese die gesetzliche Einführung der Gewerbelösen-Beteiligung mit Geschlechterunterschieden betreiben möge;
- B. 1. die vom sächsischen Arbeitsministerium beim Reichsarbeitssministerium mit Schreiben vom 31. Dezember 1920 und 7. Januar 1921 gestellten Anträge, die beschieden:
- a) Arbeitslosigkeit infolge Streiks und Ausserrung als unterstützungsberechtigt angesehenen (§ 8 Absatz 2 Satz 1),